

Politik | Warum die Energie- und Umweltkommission so beliebt ist

# Walliser in der Vitrine



Beat Rieder



Géraldine Marchand-Balet



Politische Arbeit. Die Kommissionen sind entscheidend. FOTOS KEYSTONE



Franz Ruppen



Mathias Reynard

**BERN | Beat Rieder, Géraldine Marchand-Balet, Franz Ruppen und Mathias Reynard sitzen alle in der gleichen Fachkommission des Bundesparlamentes. Wenn sie nicht gerade einander in die Quere kommen, schiessen sie dort manchmal sogar Tore.**

HUBERT MOOSER

Es war ein kleiner Coup, der dem Oberwalliser CVP-Ständerat Beat Rieder vor einer Woche in der Energie- und Umweltkommission des Ständerates (UREK-S) gelang. Die Kommission hat anlässlich ihrer Sitzung in Genf einen ellenlangen Massnahmenkatalog zur Verminderung von Treibhausgasemissionen beschlossen. Unter dem Eindruck der aktuell grassierenden landesweiten Klimahysterie will die UREK-S den Kampf gegen klimaschädliche Treibhausgase mit noch mehr Bürokratie, neuen Auflagen und Abgaben verstärken.

Rieder konnte dabei wenigstens etwas für seinen Kanton herausholen. Er überzeugte seine Kollegen davon, dass der von den UREK-Ständeräten beschlossene neue Klimafonds auch Mittel zur Bewältigung von Unwetterkatastrophen ausschütten sollte (siehe WB vom 22. August). Davon wird auch das Wallis profitieren, weil hier die Berge immer wieder mit dramatischen Folgen ins Rutschen kommen, wie vor einigen Tagen in der Unterwalliser Gemeinde Chamason.

Rieders erfolgreiche Intervention beweist einmal mehr, dass die Fachkommission UREK eine beliebte Spielwiese der Walliser Parlamentarier ist, auf der sie sich vorteilhaft in Szene setzen können, manchmal Tore schiessen und zuweilen Eigentore fabrizieren. Diese Kommission steht bei allen Walliser Politikern ganz oben auf der Wunschliste. Mit den Nationalräten Franz Ruppen (SVP), Mathias Reynard (SP) und Nationalrätin Géraldine Marchand-Balet (CVP) sitzen denn auch drei von acht Nationalrätinnen und Nationalräten in der UREK. Dazu kommt Beat Rieder, welcher der gleichnamigen Kommission des Ständerates angehört. Der andere alpine Kanton Graubünden ist vergleichsweise bloss mit einer Repräsentantin in der

UREK-Nationalrat vertreten, mit SP-Frau Silva Semadeni (SP).

Es gibt freilich einen stichhaltigen Grund, dass es Walliser Parlamentarier in die UREK drängt. «Es geht dort um Themen, die besonders im Wallis hochpolitisch sind», sagt Rieder – also um Strom, Raumplanung, Umweltschutz und manchmal halt auch um den bösen Wolf. Die Erwartungen im Wallis sind gerade bei diesen Dossiers hoch und werden zuweilen erfüllt – auch wenn es bei gewissen Geschäften einen langen Atem braucht. Nach Jahren des Halaliblasens auf den Wolf, nach unzähligen Motionen, parlamentarischen Initiativen und Standesinitiativen mit dem Wallis als Absender hat der Ständerat in der verflochtenen Sommersession endlich eine Revision des Jagdgesetzes beschlossen, mit der auch die Vertreter des Wallis leben können. Im Duktus des Bundesamtes für Umwelt hört sich die Revision harmlos an. Demnach wird ein gesetzlicher Rahmen geschaffen für den pragmatischen Umgang mit einer flächigen Ausbreitung des Wolfs in der Schweiz. Konkret bedeutet die jedoch, dass man Wölfe bei starker Ausbreitung abschiessen darf. Das Gesetz ist noch nicht ganz im Trocken. Es gibt materielle Differenzen zum Nationalrat. Diese werden wohl in der kommenden Herbstsession bereinigt. Zudem ist das Referendum vonseiten der Umweltschützer fast so gut wie sicher.

## Bei den Wasserzinsen scherte keiner aus

Gerade die Wolfsdebatte beleuchtete aber auch ein Problem der Walliser Vertretung in der UREK-Nationalrat: Es ziehen dort nicht immer alle am gleichen Strick – auch wenn die Interessen des Kantons auf dem Spiel stehen. Als der Wolf im Nationalrat zur Debatte stand, wollte der Unterwalliser Sozialist Mathias Reynard mit den linken und grünen Wolfsfreunden die Revision versenken. Geht es um etwas vitalere Interessen wie beim Streit um die Wasserzinsen, traut sich aber keiner mehr auszusichern. Stattdessen kommt es dann zu einem Gerangel, wer in die Vitrine darf.

So drängten sich beim Thema Wasserzinsen Reynard und Ruppen als Kommissionssprecher in den

Vordergrund. Das sind begehrte Jobs, weil man mehr Redezeit im Plenum erhält und dann auch prominent in die Medien kommt.

Reynard wurde als Sprecher für die Romands nominiert, Ruppen dagegen von einer CVP/SP-Allianz in der UREK ausgebootet. Zwei Walliser als Sprecher, das geht nicht, lautete die etwas fadenscheinige Argumentation. Anstelle von Ruppen, der immerhin die SVP-Fraktion beim Thema Wasserzinsen auf Kurs brachte, wählte die Kommission Daniel Fässler (CVP, I.-Rh.) nebst Mathias Reynard zum Kommissionssprecher.

Ein besonders dorniges Geschäft der UREK ist die Raumplanung. Während der verflochtenen Sommersession 2019 versuchte der Kanton Wallis mit einer sogenannten Standesinitiative einen Entscheid zu korrigieren, der entlang der Rhone schon für einigen Zoff sorgte, die Redimensionierung der Bauzonen. Die Revision des Raumplanungsgesetzes, die an der Urne 2013 deutlich angenommen, im Wallis dagegen haushoch verworfen wurde, schreibt den Kantonen kurz gesagt vor, dass sie grosse Bauzonen zu verkleinern haben, bestehende Baulandreserven besser nutzen sollen. Mit der Standesinitiative wollten sich die Walliser nun etwas mehr Spielraum verschaffen, blitzten damit aber im Parlament hochkant ab.

Der eigentliche Fehler passierte aber schon vor Jahren, als CVP-Bundesrätin Doris Leuthard, aus Angst vor der Landschaftsinitiative, diese Revision aufgleiste. Normalerweise zeigen die Walliser viel Geschick darin, ihre Interessen in Bern durchzusetzen. Aber hier war es anders: Statt mit aller Kraft dagegenzuhalten, weil gewisse Fragen aus Walliser Sicht nicht verhandelbar sind, hielten sich Walliser CVP-Vertreter in der UREK wie Yannick Buttet aus Rücksicht auf die eigene Bundesrätin zurück.

Manchmal schreiben die Walliser in der UREK aber auch Geschichte wie 2011 CSP-Nationalrat Roberto Schmidt. Er platzierte den entscheidenden Vorstoss zum schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie – eine nach dem Atomunfall von Fukushima von der SP mit CVP und BDP orchestrierte Geschichte, die zur sogenannten Energiestrategie 2050

und zu einer grosszügigen Subventionierung von alternativen Energien führte. Das entsprach nach der Havarie in einem AKW in Fukushima zwar dem links-grünen Zeitgeist, aber nicht unbedingt den energiepolitischen Vorstellungen der CVP-Fraktion in Bern. Der damalige Parteichef Christophe Darbellay brachte seine Leute auf Kurs. Buttet weibelte in der UREK erfolgreich dafür, dass auch die für das Wallis wichtige Wasserkraft ein Stück des Kuchens abbekam.

## Die Energiestrategie auf dem Prüfstand

Die aktuellen Walliser Vertreter in der UREK wie Ständerat Beat Rieder stellen das nun alles wieder ein bisschen infrage. So hat der Oberwalliser CVP-Ständerat eine Motion angestossen, in der als Folge der nicht funktionierenden Energiestrategie 2050 die Versorgungssicherheit beim Strom in Zweifel gezogen wird. Diese Kommissionsmotion der UREK-Ständerat wurde im Juni von der kleinen Kammer ohne Wenn und Aber überwiesen. Die Ständeräte warnen darin, dass die in der Energiestrategie festgelegten Richtwerte zum Ausbau der erneuerbaren Energieträger und der Wasserkraft nicht ausreichen werden, um die nach dem Ausstieg aus der Atomenergie sinkende inländische Stromproduktion aufzufangen. Das bezweifeln inzwischen nicht einmal mehr die Sozialisten, die wohl auch darum die grosse Solarenergieoffensive planen.

Zuerst steht aber ein aus Walliser Sicht ganz anderer grosser Brocken auf der Agenda der UREK-Nationalrat: das Jahrhundertprojekt Rhonekorrektur R3, welches wie die Autobahn A9 wohl noch ein paar Generationen Walliserinnen und Walliser beschäftigen wird. Die Vorberatung dieser Vorlage ist zwar etwas ins Stocken geraten, weil die Finanzkommission dazwischenfunke. Es ist dennoch nicht ausgeschlossen, dass der Nationalrat das Geschäft noch in der kommenden Herbstsession beraten wird. Und vielleicht kommen sich die Walliser Energie- und Umweltpolitiker für einmal nicht in die Quere.

Hubert Mooser ist Redaktor Bundeshaus bei der «Weltwoche». Er schreibt hier in loser Folge.

KORRIGENDA

## Fehlerhafte Meldung

In der gestrigen Meldung «Fredy Huber als Präfekt vorgeschlagen» (Seite 3) haben sich gleich mehrere Fehler eingeschlichen. Erstens: Die jetzige Vizepräfektin heisst Ursula Zumoberhaus-Jost und nicht Imoberdorf. Und sie ist, zweitens, nicht Mitglied der CVP, sondern der CSP. Schliesslich, drittens, ist Fredy Huber natürlich nicht Staatsrat. Ein verlorenes Wort und damit ein nicht mehr erkennbarer Dativ haben für entsprechende Verwirrung gesorgt. Wir bitten um Nachsicht.

KURZ UND KOMPAKT

## Bundesrätin Viola Amherd sprach in Visp



VBS-Vorsteherin. Viola Amherd möchte mehr Frauen für den Militärdienst motivieren. FOTO WB/ALAIN AMHERD

**VISP |** Unter dem Motto «Frauen für die Sicherheit – Sicherheit für die Frauen» luden gestern die FDP-Frauen, die CVP-Frauen, die Vereinigung KMU Frauen Schweiz, die Fernfachhochschule Schweiz sowie Lonza zu verschiedenen Inputreferaten ins Visper Lonzawerk. Unbestrittener Star des Abends war dabei Bundesrätin Viola Amherd, die ansonsten seit ihrer Wahl in die Landesregierung nicht mehr allzu oft im Oberwallis anzutreffen ist – zumindest nicht in offizieller Funktion. Die Vorsteherin des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport nutzte die Gelegenheit, um für den Kauf von neuen Kampffjets zu weibeln, über den voraussichtlich im Herbst 2020 abgestimmt wird. Andererseits ging die Bundesrätin auch auf die Frauen in der Armee ein. Ein ausführlicher Bericht des Anlasses wird in der morgigen Samstagsausgabe des «Walliser Boten» zu lesen sein. **wb**

## Kulturzentrum Les Arsenaux eingeweiht

**SITTEN |** Der Umbau der ehemaligen Zeughäuser in Sitten, mit dem man im August 2012 begonnen hatte, ist nun abgeschlossen. Das Magazin des Staatsarchivs ist eingerichtet und der Aussenbereich ist bepflanzt. Wie es an der gestrigen Eröffnungsfeier hiess, habe man allein im letzten Jahr 320 000 Besucher im Kulturzentrum begrüßen können. Parallel zum Abschluss des Umbaus weihte das Staatsarchiv Wallis sein neues Magazin ein. Es sei «schweizweit das erste, das gemäss den Normen für nachhaltige Entwicklung erbaut wurde», und umfasst drei Stockwerke und knapp 2500 Quadratmeter Fläche. Zudem verfüge es über etwas mehr als 32 Laufkilometer mobile Regale und Planschränke. Die gesamten Archivbestände des Staatsarchivs Wallis, die derzeit noch in verschiedenen Gebäuden untergebracht sind, würden künftig gemeinsam eingelagert. Sie dokumentierten über tausend Jahre der Walliser Geschichte. Anlässlich des Abschlusses der Bauarbeiten warten alle erwähnten «Mieter» des Kulturzentrums Les Arsenaux mit einer Reihe öffentlicher Veranstaltungen auf, die während fünf Wochenenden zwischen Ende August und Ende September stattfinden. **wb**